



Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

manche Ereignisse brechen in den Politikalltag und zwingen uns zum Innehalten. Diese Woche ist Helmut Schmidt gestorben. Ein großer Sozialdemokrat hat uns verlassen. Der gesamte Bundestag verneigte sich vor der historischen Lebensleistung des bedeutenden Staatsmannes, der unsere Partei und unser Land über Jahrzehnte geprägt hat. Seine Haltung und seine unbeirrbar Gradlinigkeit in Krisen und bei der Umsetzung von politischen Zielen machten ihn zu einem der ganz großen Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik.

Eben diese Gradlinigkeit, da bin ich mir sicher, bringt uns im Umgang mit dem Thema Flüchtlinge und deren Unterbringung weiter. Leider führt der Streit innerhalb der CDU/CSU zu einem ständigen Hin und Her. Wir lassen uns davon jedoch nicht beeindrucken. Wir stehen zu unseren Vereinbarungen und hüpfen nicht auf jede neue Forderung unseres Koalitionspartners. Ich musste trotz des Ernstes der Lage etwas schmunzeln, als ein SPD-Kollege forderte, die CDU/CSU vom Sankt-Martins-Umzug auszuschließen. Denn wer Menschen über zwei Jahre von ihren Familien, die sich im Kriegsgebiet befinden, trennen will, ist nicht würdig dort mitzugehen. Da ist was dran, auch bezogen auf Weihnachten!

Es geht nicht nur um VW

Weltweit beschäftigt der Volkswagen-Konzern rund 600.000 Mitarbeiter. Es besteht die Gefahr, dass der Skandal um manipulierte Abgaswerte und den Einsatz einer Mogel-Software auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Der Umfang wird in erster Linie davon abhängen, wie die Käufer sich zukünftig entscheiden und welche Schadensersatzforderungen auf den Automobilbauer zukommen. Aber in erster Linie ist VW natürlich selber gefordert, sich strategisch neu aufzustellen. In einem Gespräch meiner AG Wirtschaft und Energie mit Gunnar Kilian, Mitglied des VW-Gesamtbetriebsrats, haben wir gemeinsam Wege diskutiert, wie Beschäftigung gesichert werden kann.

Ein Rückgang der Produktion bei Volkswagen trifft aber nicht nur den Konzern selbst. Denn die Zulieferbetriebe für die großen Automobilhersteller beschäftigen hierzulande rund 300.000 Mitarbeiter. Zum Großteil handelt

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

es sich bei diesen um kleinere und mittlere Unternehmen. Das kriminelle Verhalten bei Volkswagen kann also durchaus spürbare Folgen für andere Betriebe haben, die mit dem Fehlverhalten gar nichts zu tun haben. Deshalb müssen wir auch sicherstellen, dass es entsprechende Hilfestellungen gibt, falls die Folgen des Skandals spürbar werden. Hier kommt wieder der Bund ins Spiel. Wir sollten auf solche Fragen vorbereitet sein. Deshalb diskutieren wir zum Beispiel darüber, ob wir Kurzarbeit auch für Leiharbeiter zulassen.

Steigerung der Rüstungsexporte

Die deutsche Wirtschaft lebt von Exporten. Zu meinem Bedauern nimmt unser Land auch bei der Ausfuhr von Rüstungsgütern einen vorderen Platz ein. Sigmar Gabriel hatte zu seinem Amtsantritt eine strengere Politik bei der Genehmigung von Waffenexporten versprochen. Daher verstehe ich, dass es Unmut über den vor kurzem veröffentlichten Zwischenbericht zu Rüstungsexporten gibt. Denn darin ist zu lesen, dass die Ausfuhren um 59% gestiegen sind.

Wie passt das zusammen, werdet ihr euch fragen. Es liegt an einzelnen Großaufträgen, die zu starken Schwankungen führen. So sind vier Tankflugzeuge für Großbritannien maßgeblich für den deutlichen Zuwachs im ersten Halbjahr 2015 verantwortlich. Auch bei den Ausfuhren in Drittländer, also Staaten, die weder EU noch NATO angehören, ist der Anstieg auf einen großen Posten zurückzuführen: eine U-Boot-Lieferung nach Israel. Einfach gesagt: Es wurden zwar weniger Rüstungsgüter exportiert, aber diese haben einen höheren Wert.

Stark zurückgegangen ist auf der anderen Seite insgesamt der Export von Kleinwaffen. Er erreicht den niedrigsten Stand seit 15 Jahren. Allerdings – so viel Ehrlichkeit muss sein – hat der Export in Drittstaaten deutlich zugenommen. Grund ist eine große Lieferung an die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Misere, in der wir in der öffentlichen Debatte stecken, ist, dass wir derzeit Waffen ausliefern, die von der vorherigen schwarz-gelben Regierung genehmigt wurden. Wir müssten also Vertragsstrafen in Millionenhöhe zahlen, wenn wir diese nicht ausliefern. Gerade der Panzerlieferung nach Katar stehe ich trotzdem kritisch gegenüber.

Über das Sterben reden

Nach gut zwei Jahren intensiver Debatte über Sterbehilfe und -begleitung hat der Bundestag vor einer Woche über vier Gesetzentwürfe zu diesem Thema abgestimmt. Auch Dortmund hat mitdiskutiert, denn an den von mir angebotenen Veranstaltungen haben viele von euch teilgenommen. Am Ende einer intensiven Diskussion und nach zwei Abstimmungen stand fest: Der Entwurf, der vorsieht, die geschäftsmäßige Beihilfe zum Suizid unter Strafe zu stellen, erhielt die meisten Stimmen. Die Befürworter dieses Antrages wollen damit verhindern, dass das assistierte selbstbestimmte Sterben zum Geschäft wird. In Ausnahmefällen soll es jedoch weiterhin möglich sein, Suizidhilfe zu gewähren. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob die Helfer Angehörige, Ärzte oder andere Personen sind. Ich hatte für den Vorschlag

gestimmt, der Ärzten generell eine straffreie Suizidbeihilfe erlaubt. Der konnte sich leider nicht durchsetzen.

Am Lebensende nicht allein

Weniger kontrovers wurde das Thema der Hospiz- und Schmerztherapieversorgung im Parlament besprochen. Denn eines ist Konsens: Wenn jemand am Ende des Lebens Hilfe braucht, dann muss er sie erhalten.

Entscheidend dabei ist, dass die Krankenkasse zukünftig die Kosten für die Schmerztherapie übernimmt. Stationäre Kinder- und Erwachsenen-Hospize bekommen nun mehr Geld. Hospize erhalten beispielsweise pro Patienten statt 198 Euro in Zukunft 261 Euro. Doch viele Menschen sterben in Krankenhäusern, deshalb sollen die Häuser Hospizdienste mit Sterbebegleitungen beauftragen dürfen. Das Gesetz sieht darüber hinaus vor, dass die Sterbebegleitung von der Pflegeversicherung bezahlt wird.

Ich denke, wir haben es mit diesem Gesetz geschafft, die Arbeit der 1.500 ambulanten Dienste, 195 stationären Hospize, neun Kinderhospizen und 250 Palliativstationen in unserem Land zu stärken.

Mehr Pflege in Krankenhäusern

Unser Gesundheitssystem muss den Veränderungen in unserer Gesellschaft gerecht werden. Der SPD-Fraktion ist es in den Verhandlungen zum Krankenhausstrukturgesetz gelungen, Verbesserungen für Patientinnen und Patienten sowie für die Beschäftigten in Krankenhäusern einzubringen.

Wir haben durchgesetzt, dass von 2017 an Krankenhäuser mehr Geld erhalten, die keine Pflegestellen abgebaut haben und ihr Pflegepersonal anständig bezahlen. Darüber hinaus sollen endlich Mindeststandards erreicht werden, die die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte in den Krankenhäusern verbessern.

Zukünftig haben Menschen, die sich nach einem Krankenhausaufenthalt nicht allein versorgen können, einen Anspruch auf Kurzzeitpflege. Außerdem gibt es Verbesserungen bei der häuslichen Krankenpflege. Die SPD-Fraktion hat sich besonders dafür eingesetzt, dass die Versorgungslücke zwischen einem Krankenhausaufenthalt und der Behandlung zu Hause geschlossen wird.

Transitzonen sind vom Tisch

Die große Koalition hat sich – meiner Meinung nach – letzte Woche in der Flüchtlingspolitik auf einen tragbaren Kompromiss verständigt. Die lang diskutierten Transitzonen sind vom Tisch! Stattdessen werden für Asylbewerber mit geringen Chancen auf Anerkennung besondere Aufnahme-Einrichtungen geschaffen, in denen die Asylverfahren in rund drei Wochen abgeschlossen sein sollen.

Nicht Bestandteil der Vereinbarung war, dass syrische Flüchtlinge keinen Anspruch mehr auf eine Familienzusammenführung haben. Hierzu gibt es

eine eindeutige Regelung: Alle syrischen Flüchtlinge erhalten in Deutschland Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention und haben deshalb Anrecht auf Familiennachzug.

Die CDU/CSU versucht, dieses Recht umzudeuten. Wichtig ist der SPD, dass alle bisher vereinbarten Maßnahmen gemeinsam mit den Ländern entschlossen umgesetzt werden. Wir wollen sicherstellen, dass Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, auch weiterhin ein menschliches und faires Verfahren erhalten.

Keine Angst vor Industrie 4.0

Mit dem Schlagwort Industrie 4.0 wird die Digitalisierung und Vernetzung in der industriellen Produktion bezeichnet. Dieser Prozess verändert die Arbeitswelt grundlegend.

Das kann dazu führen, dass Menschen diesem Wandel skeptisch gegenüber stehen. Denn oft wird die vernetzte und von Robotern unterstützte Produktion mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in Verbindung gebracht. Viel schwerwiegender werden jedoch die Veränderungen der Berufsbilder und Arbeitsbedingungen sein.

In einem gemeinsamen Antrag mit unserem Koalitionspartner benennen wir diese Herausforderungen und fordern Maßnahmen, um die Entwicklung zur Industrie 4.0 zu begleiten, zu fördern und zu gestalten. Ein Fokus liegt dabei auf Fragen der Aus- und Weiterbildung und der Zukunft der Mitbestimmung in den Unternehmen. Die Mitarbeiter müssen in die Umgestaltung der Produktionsprozesse einbezogen werden.

Flexibel in den Ruhestand

Über ein Jahr haben wir mit der Union verhandelt, um den Übergang in die Rente flexibler zu gestalten. Das Resultat liegt seit dieser Woche in Form eines gemeinsamen Eckpunkte-Papiers vor.

Zukünftig soll es möglich sein, die Teilrente stufenlos zu wählen. Das heißt, jeder kann selbst darüber bestimmen, in welchem Umfang er Teilrente und Teilerwerbstätigkeit kombinieren möchte. Arbeiten soll zudem für Teilrentner attraktiver werden. Deshalb werden die bisherigen Grenzen für den Hinzuverdienst gelockert. Um Vorsorge und Wiedereingliederung in den Beruf zu stärken, soll ein freiwilliger Gesundheitscheck für Versicherte mit 45 Jahren eingeführt werden.



Verstärkung im Berliner Büro

In der letzten Woche hat mein Berliner Büro Verstärkung bekommen. Unser neuer Mann heißt Matthias Zwanzig und unterstützt uns als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Zuvor arbeitete er beim Bundesverband Druck und Medien. Meine Schwerpunktthemen Mittelstands- und Handwerkspolitik sind ihm also nicht neu. Nett ist er natürlich auch und ab sofort für euch da.

Am kommenden Dienstag stelle ich die Schwerpunkte meiner parlamentarischen Arbeit bei einem Treffen der Alten Akademie in Dortmund vor. Am Donnerstag nehme ich auf Einladung des IG BCE-Regionalforums Dortmund an einem Gedankenaustausch mit Gewerkschaftsmitgliedern teil. Auch hier werden die aktuellen Ereignisse sicherlich eine große Rolle spielen. Da mag mein Einsatz beim bundesweiten Vorlesetag in der Buschei-Grundschule am kommenden Freitag unpolitisch erscheinen. Lesen ist aber eine Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe. Insofern passt der Anschlusstermin, denn nach der Grundschule geht es direkt in die Gesamtschule Scharnhorst, um dort gemeinsam mit Schülern den "Tag der Kinderrechte" zu begehen.

Ich wünsche euch allen einen schönen restlichen November. Der nächste Newsletter erreicht euch in der Adventszeit – das Jahr rennt so schnell, aber wir haben auch viel geschafft!

Bis bald, eure

Sabine